
Jakob Saß
SKANDALE IN UNIFORM
Die lange Geschichte des Rechtsradikalismus in der Bundeswehr
Leseprobe
Hamburger Edition

Jakob Saß

# SKANDALE IN UNIFORM

## Die lange Geschichte des Rechtsradikalismus in der Bundeswehr

Hamburger Edition

# 1

# EINLEITUNG

Im Jahr 2005 feierte die Bundesrepublik zwei historische Jahrestage, die eng miteinander verbunden waren: Vor 60 Jahren, im Mai 1945, hatte der Zweite Weltkrieg mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht geendet. Als ihre Nachfolgerin wurde zehn Jahre später, im Jahr 1955, die Bundeswehr mit maßgeblicher Beteiligung von Hitlers ehemaligen Generalen gegründet. Während 2005 die Bundeswehr ihren 50. Geburtstag als »Sinnbild gewachsener Demokratie in der Nachkriegsgeschichte« zelebrierte,[1] rief ein breites demokratisches Bündnis dazu auf, das Kriegsende 1945 und die Befreiung von der NS-Herrschaft zu feiern und für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu demonstrieren. Hunderttausend Menschen kamen am 8. Mai zum »Tag der Demokratie« nach Berlin. Bundespräsident Horst Köhler mahnte in einer Rede vor Bundestag und Bundesrat, die Erinnerung an den NS-Terror und den »Zivilisationsbruch Holocaust« wachzuhalten.[2] Köhlers Vorgänger, Richard von Weizsäcker, hatte 20 Jahre zuvor den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung« von »dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« bezeichnet. Damit hatte er eine erinnerungskulturelle Deutung etabliert, an dessen gesellschaftlichem Konsens im Frühjahr 2005 nur noch eine lautstarke Minderheit rüttelte: die radikale Rechte.

Zu den Rechtsradikalen, die im 8. Mai 2005 alles andere als einen Feiertag sahen, zählten nicht nur knapp 3000 NPD-Anhänger:innen, deren Aufmarsch in Berlin von einer Gegendemonstration vereitelt wurde. Nach eigenen Aussagen protestierten auch angeblich über tausend Personen gegen das offizielle Gedenken, indem sie einen Aufruf mit dem Titel »Gegen das Vergessen« unterstützten. Initiator war Götz Kubitscheks »neurechtes«[3]

◇◇◇◇◇◇◇◇

1 Watzal, Editorial.

2 Zit. in: »Es gibt keinen Schlußstrich«, in: *FAZ*, 09.05.2005.

3 Zum umstrittenen Begriff »Neue Rechte« vgl. u.a. Schulze, *Rechtsextremismus*, S. 181–189.

Institut für Staatspolitik, das einige Jahre später vom Verfassungsschutz als »gesichert rechtsextrem« und verfassungsfeindlich eingestuft wurde. Das Besondere an dem Aufruf von 2005 war nicht sein geschichtsrevisionistischer Inhalt, der im Grunde eine Anzeige der aufblühenden »Neuen Rechten« von 1995 mit demselben Slogan aufwärmte und damit auch kaum Aufmerksamkeit erreichte.[4] Bemerkenswert war vielmehr die große Anzahl von aktiven und ehemaligen Bundeswehrsoldaten, die mit ihrem vollen Namen und Dienstrang unterschrieben hatten. Sie vertraten offenbar eine ganz andere Sicht auf den Jahrestag als der Bundespräsident, die Bundesregierung und nicht zuletzt der Verteidigungsminister als höchster militärischer Vorgesetzter – und damit auch eine Einstellung, die schwer mit der Verfassungstreue zu vereinbaren war, die von Bundeswehrsoldat:innen erwartet wird. Um es genau zu sagen: Der Aufruf verdeutlicht beispielhaft, wie generationsübergreifend und strukturell das Problem Rechtsradikalismus in der Bundeswehr immer schon war und noch immer ist.

## »Aufruf der Generale«

Wie bereits 1995 war der Aufruf »Gegen das Vergessen« mehrfach im April und Mai 2005 prominent als Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen. Er warnte vor einem einseitigen Gedenken am Jahrestag des 8. Mai. Denn dieser sei auch der »Tag der Niederlage der Wehrmacht, der Beginn der deutschen Teilung und des teilweise grausamen Schicksals der Zivilbevölkerung und der Soldaten in den ersten Nachkriegsjahren«. Mit dieser Täter-Opfer-Umkehr, der Schelte gegen die angebliche alliierte »Siegerjustiz« und damit der indirekten Relativierung der NS-Verbrechen verfolgte der Aufruf eine eindeutige rechtsradikale, geschichtspolitische Agenda – nur eben verpackt in »neurechter« Rhetorik. In einer Version war sogar von der »Niederlage unserer Wehrmacht« die Rede.[5] Der Appell wandte sich damit an das breite rechte Spektrum zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus, das gemeinsam für eine Ehrenrettung der Wehrmacht kämpfte, nachdem deren Verbrechen durch die zweite »Wehrmachtsausstellung« (2001–2004) erneut öffentlich gemacht worden waren. Nicht ohne Grund unterstützten den Aufruf viele männliche Soldaten, die seit Jahrzehnten vehement den Mythos der angeblich »sauberen Wehrmacht« verteidigten.

◇◇◇◇◇◇◇

4 Vgl. die Anzeige »8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen«, in: *FAZ*, 07.04.1995, 28.04.1995, 16.04.2005 und 27.04.2005. Zu den Anzeigenkampagnen 1995 und 2005 vgl. Kirsch, *Wir haben aus der Geschichte gelernt*, S. 170 – 179; Langebach, 8. Mai 1945.

5 Für eine Kopie danke ich Lucius Teidelbaum.




*Abb.1* Anzeige in der *FAZ* vom 16. April 2005 mit den Namen der zwölf Generale als Erstunterzeichner

In der rechtsradikalen Szene wurde der Appell sogar als »Aufruf der Generale« bekannt.[6] Erstunterzeichner waren zwölf ehemalige Generale, von denen die meisten bereits in der Wehrmacht Offiziere gewesen waren und die später zur Gründergeneration der Bundeswehr zählten (siehe Abb. 1). Generalmajor a. D. Johann Adolf Graf von Kielmansegg hatte etwa die Wiederbewaffnung Westdeutschlands maßgeblich mitgeprägt und war wegen seiner Wehrmachtsvergangenheit Anfang der 1960er Jahre von einer kommunistischen Propagandakampagne diffamiert worden.[7] Unter den anderen Bundeswehrgeneralen der »Flakhelfergeneration« waren außerdem nicht wenige, die nach ihrer Pensionierung mit geschichtsrevisionistischen Thesen auffielen und Kontakte pflegten zur »Neuen Rechten«, rechten Burschenschaften, rechtsradikalen Verlagen oder sogar Holocaustleugnern: So relativierte der Hauptinitiator des Aufrufs, Gerd Schultze-Rhonhof, immer wieder öffentlich die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg und referierte auf rechtsradikalen und verschwörungsideologischen Veranstaltungen. Der ehemalige Leiter des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), Gerd-Helmut Komossa, schrieb unter anderem regelmäßig für die *Junge Freiheit,* die *Deutsche National-Zeitung* und das *Ostpreußenblatt.* Reinhard Uhle-Wettler unterstützte die Republikaner, gab 1998 »zu Ehren« des britischen Holocaustleugners David Irving in einem rechten Verlag einen Sammelband heraus und war unter anderem Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik – laut Verfassungsschutz die größte rechtsradikale Kulturvereinigung in Deutschland. Und auch der ehemalige Kommandeur der Spezialeinheit Kommando Spezialkräfte (KSK), Reinhard Günzel, bewegte

◇◇◇◇◇◇◇◇

6 Vgl. Teidelbaum, Braunzone (2008), S. 14–16. Die Erstunterzeichner waren laut Aufruf: Andreas Broicher, Eberhard Grumer, Reinhard Günzel, Johann Adolf Graf von Kielmansegg, Gerd Helmut Komossa, Walter Rahn, Gerhard Schöner, Jürgen Schreiber, Harald Schulz, Gerd Schultze-Rhonhof, Reinhard Uhle-Wettler und Gert Verstl.

7 Vgl. dazu das Unterkapitel zu den Propagandakampagnen in Kap. 2.3.

sich in rechtsradikalen Kreisen, nachdem er 2003 im Zusammenhang mit der Hohmann-Affäre entlassen worden war. Er, Schultze-Rhonhof und Uhle-Wettler hatten sich seinerzeit mit dem damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann solidarisiert, der mit einer als antisemitisch kritisierten Rede für einen Skandal gesorgt hatte.

### Rechte Netzwerke in der Bundeswehr

Martin Hohmann selbst gehörte zu jenen weiteren angeblich tausend Unterzeichnern des »Aufrufs der Generale«, die nicht ihre Parteizugehörigkeit oder ihre publizistische Tätigkeit angaben. Stattdessen unterzeichneten sie mit ihrem letzten militärischen Dienstrang bei der Bundeswehr bzw. ihrer Reserve. So etwa auch Klaus Christoph Marloh, ehemaliger SS-Offizier, Gesellschafter des rechtsradikalen Nation Europa Verlags, Holocaustleugner und einflussreicher Vernetzer zwischen Alt- und Neonazis,[8] sowie Dieter Stein, damals Chefredakteur der *Jungen Freiheit* (JF). Generell zählten viele Unterstützer des Aufrufs zum Leserkreis und Netzwerk dieser Zeitung. Einige von ihnen hatten beispielsweise 2001 mit einer Petition den JF-Autoren und Reserveoffizier Götz Kubitschek unterstützt, den die Bundeswehr wegen »rechtsextremistischer Bestrebungen« entlassen wollte.

Zwei weitere Gemeinsamkeiten fallen bei den Biografien und Militärkarrieren der Unterzeichner auf: Viele von ihnen dienten in Eliteverbänden als Fallschirmjäger und Gebirgsjäger oder der Spezialeinheit KSK. Und nicht wenige waren zunächst noch Anhänger der Union oder der Republikaner, schlossen sich aber später der selbst ernannten »Soldatenpartei« AfD an. So etwa neben Martin Hohmann auch Fritz Zwicknagel, der als Kommandeur der Luftlande- und Lufttransportschule Altenstadt 1997 wegen rechtsradikaler Vorfälle unter Fallschirmjägern seinen Posten räumen musste.[9] Es ist wohl kein Zufall, dass viele weitere Unterzeichner ebenfalls in Altenstadt eine Fallschirmjägerausbildung absolviert hatten: Altenstadt wurde nicht nur zu Zwicknagels Zeit Ende der 1990er Jahre als »Skandalkaserne« medial bekannt, sondern auch seit 2017 als Ort, an dem sich über Jahre rechte und sogar rechtsterroristische Netzwerke gebildet hatten.[10]

◇◇◇◇◇◇◇◇

8 Vgl. Volksverpetzer: Das neurechte Netzwerk der AfD. Teil 1: Die Verbindungen von Kalbitz & Höcke, 13.11.2019, https://www.volksverpetzer.de/analyse/netzwerk-afd-1-kalbitz/ [14.06.2026; dieses Abrufdatum gilt auch für alle weiteren Links].

9 Vgl. Die rechtsradikale »Kreuz«-Connection und die Bundeswehr, in: *Redaktions-Netzwerk Deutschland*, 28.02.2022, https://www.rnd.de/politik/rnd-exklusiv-die-rechtsradikale-kreuz-connection-KXRLVYAEH5CYDIZOLDY6HMVC7Y.html.

10 Vgl. das Unterkapitel zur »Altenstadt-Connection« in Kap. 6.2.

Solche Verbindungen waren offenbar von Vorteil, um 2005 Kameraden für den »Aufruf der Generale« zu mobilisieren.

Zwar konnten die Generale und Kubitscheks Institut für Staatspolitik mit der geschichtspolitischen, im Kern rechtsradikalen Kampagne 2005 letztlich keine erinnerungskulturelle Wende um den »8. Mai« erreichen. Dennoch drängen sich heute angesichts der Militärkarrieren der damaligen Unterzeichner und ihrer Netzwerke Fragen auf: Vertraten die Bundeswehrgenerale der Gründergeneration, die als prominente Erstunterzeichner dem Aufruf Gewicht verliehen, bereits zu ihrer Dienstzeit solche geschichtsrevisionistischen Positionen und sympathisierten mit rechtsradikalen Agenden? Wenn ja, welche Rolle spielte dabei ihre Kriegserfahrung in der Wehrmacht oder sogar der Waffen-SS? Sorgten sie und weitere ähnlich gesinnte Offiziere beim Aufbau der Bundeswehr für einen Mentalitätstransfer zur nächsten Generation von Soldaten? Inwieweit schufen sie mit ihren Einstellungen und der vorgelebten Traditionspflege mit dem Vorbild der »sauberen Wehrmacht« sogar die Voraussetzung dafür, dass Rechtsradikale bis heute die Bundeswehr als attraktiv wahrnehmen, weil sie dort viele Jahrzehnte toleriert wurden? Boten Spezialeinheiten wie die Fallschirmjäger wegen ihres Elite-, Krieger- und Wehrmachtkults besondere »Gelegenheitsstrukturen« oder erstreckten sich die Netzwerke von nationalkonservativen bis rechtsradikalen Soldaten über die gesamte Bundeswehr?[11]

## Der Fall Franco A., das »Hannibal«-Netzwerk und das KSK

Heute hat die Frage nach solchen historisch gewachsenen rechtsradikalen Strukturen und Netzwerken in der Bundeswehr stark an Relevanz gewonnen. Lange wurde ihre Existenz geleugnet oder relativiert und erst Ende 2020 erstmals offiziell eingestanden.[12] Dem waren einige Skandale vorausgegangen. Es begann 2017 mit der Festnahme des Oberleutnants Franco A. Er hatte ein Doppelleben als Bundeswehroffizier und syrischer Kriegsflüchtling mit einer gefälschten Identität geführt – mutmaßlich um »unter falscher Flagge« Anschläge zu begehen. Bei Durchsuchungen fanden Be-

◇◇◇◇◇◇◇◇

11 Vgl. zu »Gelegenheitsstrukturen« der radikalen Rechten Virchow, *Zivilismus,* S. 52.

12 Vgl. DBT: Unterrichtung durch das Parlamentarische Kontrollgremium, 11. 12. 2020, https://dserver.bundestag.de/btd/19/251/1925180.pdf, S. 5. Zum Fall Franco A., dem »Hannibal-Netzwerk« und rechtsradikalen Vorfällen im KSK vgl. Laabs, *Staatsfeinde;* Erb/Kaul/Nabert/Schmidt/Schulz, Warten auf den »Tag X«; Manthe, *Terror von rechts,* S. 266–268.

hörden bei ihm Feindeslisten sowie Waffen und Munition, die er aus Bundeswehrbeständen gestohlen hatte. 2022 fiel das Urteil gegen ihn. Franco A. gilt seitdem als der erste aktive Bundewehroffizier in der bundesdeutschen Geschichte, der wegen Rechtsterrorismus verurteilt wurde.[13] Wie dieses Buch allerdings zeigen wird, gab es lange vor ihm noch einen weiteren Soldaten, der ebenfalls eine spezielle Ausbildung zum Jäger durchlief und als Rechtsterrorist verurteilt wurde, bevor ihn die Bundeswehr entließ.

Mit dem Fall Franco A. wurde 2017 auch das rechtsradikale »Hannibal-Netzwerk« um den Bundeswehr-Unteroffizier und ehemaligen KSK-Soldaten André S. öffentlich. Mit Waffenlagern, Schießübungen, Feindeslisten und Leichensäcken bereitete sich dieses Netzwerk von Prepper-Gruppen konspirativ auf einen Putsch am »Tag X« vor. Presseberichte und Ermittlungen machten insbesondere die Gruppe »Nordkreuz« bekannt. Zu den Mitgliedern des »Hannibal«-Netzwerks gehörten aktive und ehemalige Angehörige der Polizei, Justiz, des Verfassungsschutzes sowie AfD-Anhänger, Reservisten und Soldaten wie Franco A. Auffällig viele von ihnen waren Angehörige des Kommandos Spezialkräfte, in dem sich damals allgemein besonders viele rechtsradikale Verdachtsfälle und Munitionsdiebstähle häuften.

Die staatlichen Ermittlungen und Medienberichte über Franco A., »Hannibal«, »Nordkreuz« und das KSK lösten die bislang größte Debatte über Rechtsradikalismus in der Bundeswehr seit den 1990er Jahren aus. Das Bundesverteidigungsministerium entfernte mehrere rechtsradikale Soldaten aus der Armee, leitete Reformen ein, ließ alle Dienstgebäude von Wehrmachtsdevotionalien säubern und überarbeitete den Traditionserlass von 1982. Der neue Erlass von 2018 stellte nun erstmals eindeutig klar, dass die Wehrmacht als NS-Institution für die Bundeswehr »nicht traditionswürdig« ist und schob damit der jahrzehntelangen Wehrmachtverherrlichung durch konservative und rechtsradikale Soldaten einen Riegel vor – zumindest offiziell.

Auch das KSK wurde reformiert. Seit der Enttarnung einer mutmaßlich rechtsterroristischen Gruppe der »Reichsbürger«– und »QAnon«-Bewegung (Gruppe Reuß) im Dezember 2022 stand die Spezialeinheit der Bundeswehr jedoch erneut in der Kritik. Unter den Festgenommenen, die ebenfalls einen Staatsstreich an einem »Tag X« geplant haben sollen, befanden sich abermals auffallend viele aktive und ehemalige KSK-Sol-

◇◇◇◇◇◇◇◇

13 Vgl. u.a. »Franco A. war zur Terrortat entschlossen«, in: SZ, 15.07.2022, https://www.sueddeutsche.de/politik/franco-a-urteil-begruendung-1.5622060.

daten.[14] Der Anführer des militärischen Arms der Gruppe war mutmaßlich der ehemalige Fallschirmjägerkommandeur Rüdiger von P. Wie die nächsten Kapitel zeigen werden, verweist seine Karriere beispielhaft auf die Anziehungskräfte, die seit jeher zwischen der Fallschirmjägertruppe und der radikalen Rechten wirkten – vom Kalten Krieg über den Aufbau des KSK in den 1990er Jahren bis heute. So standen Ende 2025 zuletzt auch Fallschirmjäger in Zweibrücken wegen Drogenmissbrauch, Sexismus und Rechtsradikalismus in der Kritik.[15]

## Ein Problem mit langer Geschichte

Die Skandale um rechtsradikale Soldaten seit 2017 demonstrieren einerseits wiederholt das hohe Gefahrenpotenzial, das von »Staatsfeinden in Uniform« mit Waffenzugang und -ausbildung für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung ausgeht. Andererseits standen Verteidigungsministerium und Bundeswehr massiv in der Kritik, weil sich strukturelle Defizite im Umgang mit Rechtsradikalismus zeigten. »Die Praxis des Wegschauens und Vertuschens rechtsradikaler Vorfälle zieht sich seit Jahrzehnten durch die Bundeswehr. Es mangelt an Vorgesetzten, die konsequent durchgreifen«, konstatierte 2019 die Journalistin Caroline Walter.[16] Das beste Beispiel war die Militärkarriere des Rechtsterroristen Franco A.: Bereits 2013 hatte er als Offiziersstudent in seiner Masterarbeit offen rassistische, rechtsradikale, antisemitische, antifeministische und verschwörungsideologische Ansichten vertreten. Und obwohl ein wissenschaftliches Gutachten dies sogar bestätigt hatte, wurde er zum Berufssoldaten ernannt und weiter befördert.[17] Vorgesetzte und sogar ein Wehrdisziplinaranwalt relativierten und ignorierten seine Einstellungen. Denn Franco A. stach in der Offiziersausbildung mit überdurchschnittlichen Leistungen hervor und galt als Elitesoldat, auf dessen Fähigkeiten die Bundeswehr offensichtlich nicht verzichten wollte.

Eine Parlamentsarmee, die rechtsradikale Soldaten wegen ihrer Leistungen toleriert und sogar fördert? Ein Blick in die Archive zeigt, dass diese paradoxe, im Kern funktionale militärisch-handwerkliche Logik ein Problem ist, das in der Bundeswehr eine jahrzehntelange Tradition hat.

◇◇◇◇◇◇◇◇

14 Vgl. »Schon wieder die Elitetruppe der Bundeswehr«, in: *SZ*, 07.12.2022, https://www.sueddeutsche.de/politik/ksk-bundeswehr-reichsbuerger-rechtsextremismus-1.5711434?reduced=true.

15 Vgl. »Nein heißt Ja, und Ja heißt anal«, in: *FAZ*, 28.12.2025.

16 Walter, Blinde Flecken, S. 260.

17 Vgl. Kraushaar, *Toleranz*, S. 464–466; Laabs, *Staatsfeinde*, S. 119–126.

Tatsächlich ist die Geschichte von rechtsradikalen Vorfällen, Skandalen, Netzwerken und Strukturen in der Bundeswehr so alt wie sie selbst. Allgemein scheinen Streitkräfte als Orte der Hierarchie, Waffen, Uniformen, Kameradschaft, Männlichkeit, des Nationalismus und Kämpfertums anziehend auf Rechtsradikale zu wirken.[18] Das gilt insbesondere für die Bundeswehr, die trotz ihrer Neuausrichtung als erste demokratische Armee Deutschlands lange das Erbe der Wehrmacht in sich trug: Rechtsradikale und konservative Militärs zelebrierten gemeinsam den Mythos der »sauberen Wehrmacht«. Die NPD versuchte ab Mitte der 1960er Jahre mit ähnlichen Strategien wie die AfD heute, die Union als Soldatenpartei abzulösen. Und Neonazis entschieden sich bereits seit den 1970er Jahren bewusst für den Soldatenberuf, um sich letztlich als ausgebildete Elitesoldaten rechtsterroristischen Gruppen anzuschließen. Sie raubten Waffen, Munition und Sprengstoff – und waren auch zu Mord bereit.

In der Geschichte der Bundeswehr untergruben immer wieder rechtsradikale Vorfälle das Leitbild vom verfassungstreuen »Staatsbürger in Uniform« – und damit das Vertrauen in die Institution, die in Deutschland das größte Gewaltmonopol innehat. Es sind keineswegs »Einzelfälle«, wie schon seit Ende der 1950er Jahre das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr abwehrend behaupteten. Beim Umgang mit der radikalen Rechten schwankte die Bundeswehr stets zwischen Integration und Abgrenzung. Einerseits galten vor allem im Kalten Krieg rechtsradikale Soldaten als besonders »wehrwillig« und wurden daher oft toleriert, andererseits führten einige Skandale zu Reformen.

## Fragen an die Quellen

Ein geschichtlicher Rückblick auf das ambivalente Verhältnis zwischen radikaler Rechter und Bundeswehr ist heute dringend notwendig. Einerseits können wir dadurch nachzuvollziehen, wie sich die aktuellen rechtsradikalen Strukturen und Netzwerke im Militär historisch entwickelt haben. Andererseits wird dadurch auch deutlich, wie sich staatliche Institutionen einer wehrhaften Demokratie von antidemokratischen Kräften abgrenzen konnten und wollten – oder in welchen alten Reaktionsmustern der Staat beim Umgang mit Rechtsradikalismus teilweise heute noch festhängt. Dieses Buch beschäftigt sich daher mit zwei drängenden Fragen: Welche Handlungs- und Wirkungsmacht hatten rechtsradikale Akteur:innen in der Bundeswehr und in ihrem Umfeld von der Zeit des Kalten Krieges bis

◇◇◇◇◇◇◇

18 Vgl. Nachtwei, Diskussion, S. 103.

heute? Und wie reagierten Militär, Staat und Gesellschaft auf rechtsradikale Äußerungen, Handlungen und Strukturen in den Streitkräften?

Damit gehen die folgenden Kapitel zwei zentralen Thesen auf den Grund, die Sozialwissenschaftler:innen als Erklärung für rechtsradikale Vorfälle in der Bundeswehr bereits in den 1960er Jahren aufstellten und die heute immer noch die Debatten dominieren: Laut der »Selektionsthese« entscheiden sich Rechtsradikale mit bereits gefestigten politischen Ansichten bzw. allgemein Menschen mit nationalkonservativer Einstellung bewusst für den Wehrdienst oder den Soldatenberuf, vor allem wegen der erwähnten anziehenden Elemente der militärischen Subkultur.[19] Nach dieser Interpretation wird der Rechtsradikalismus von außen aus der Gesellschaft in die Bundeswehr importiert. Die »Sozialisationsthese« geht dagegen davon aus, dass Rechtsradikalismus auch ein hausgemachtes Problem sei, da das soziale Umfeld der Bundeswehr zu einer Radikalisierung beitragen könne.

Wie sich zeigen wird, schließen sich diese beiden Erklärungsmodelle keineswegs gegenseitig aus. Am Anfang des Kalten Krieges stand die radikale Rechte der Wiederbewaffnung Westdeutschlands sogar größtenteils äußerst skeptisch gegenüber und revidierte erst später ihre Haltung. Zwar lehnten Rechtsradikale über die nächsten Jahrzehnte prinzipiell weiterhin die demokratisierte Armee und die von ihr zu beschützende freiheitlich demokratische Grundordnung ab. Jedoch schätzten insbesondere gewaltbereite, verfassungsfeindliche Akteure wie der bekannte Neonazi-Anführer Michael Kühnen mehr und mehr die Möglichkeit, sich von der Bundeswehr für den Kampf ausbilden zu lassen und einfacher an Waffen heranzukommen. Sie nutzten die Vorteile des Militärs als legalen Gewaltraum.

Den wehrwilligen Rechtsradikalen bot die Bundeswehr weitreichende Handlungsspielräume: Sie reichten vom Ausleben ihrer Ideologien über politische Aktivitäten und Netzwerkbildung bis zu Waffen- und Munitionsbeschaffung durch Rechtsterroristen. Da rechtsradikale Soldaten die Gelegenheitsstrukturen nicht nur konspirativ, sondern oft auch provokant ausnutzten, kam es über die Jahrzehnte regelmäßig zu öffentlichen Konflikten. Um das Ansehen der Bundeswehr und damit der Bundesrepublik innen- wie außenpolitisch zu schützen, entwickelten Militärs und Politiker:innen diverse Reaktionsmuster, die zwischen Verharmlosung und Reformwillen lavierten.

◇◇◇◇◇◇◇

19 Vgl. zur Selektions- und Sozialisationsthese überblicksweise Steinbrecher/Biehl/Leonhard, *Armee*, S. 82–108.

## Was bisher in der Forschung geschah – oder auch nicht geschah

Skandale lösten nicht nur immer wieder gesellschaftliche und politische Debatten über Rechtsradikalismus in der Bundeswehr aus. Sie boten auch Anlass für Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und andere Kritiker:innen, an das Verteidigungsministerium zu appellieren, dieses Thema endlich umfassend zu erforschen. Bereits vor knapp 30 Jahren, nach einer Skandalwelle Ende der 1990er Jahre, galten solche Untersuchungen als »längst überfällig« und als »ein vernachlässigtes Feld der Forschung«.[20] Daran änderte sich in den nächsten Jahren wenig. 2022 stellte der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar ernüchternd fest, dass es fünf Jahre nach der Festnahme von Franco A. »noch immer kein empirisch abgesichertes Gesamtbild« über Rechtsradikalismus in der Bundeswehr gebe.[21] Dabei sah er einen Zusammenhang »mit den für das Militär charakteristischen Abschottungstendenzen und dem vielbeschworenen Korpsgeist«. Auch Forscher:innen vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) konstatierten 2024 trotz »der hohen politischen Relevanz der Thematik« eine aktuell »bescheidene Forschungslage« zu Ausmaß und Ursachen rechtsradikaler Einstellungen in der Bundeswehr.[22] Verantwortlich dafür sei kein anderer als ihr Auftraggeber: das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), das »den Zugang zu Untersuchungen in der Truppe kontrolliert und lange Zeit kein Interesse daran hatte«, dem Thema Rechtsradikalismus »systematisch nachzugehen«.

Dabei verfügte das Verteidigungsministerium anders als viele andere Ministerien seit vielen Jahrzehnten über eigene Ressortforschungseinrichtungen. Das seit 1957 bestehende Militärgeschichtliche Forschungsamt und das 1974 gegründete Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr fusionierten 2013 in Potsdam zum ZMSBw. Trotz der gut finanzierten Infrastruktur hat das Verteidigungsministerium bis heute den Themenkomplex Rechtsradikalismus weder sozial- noch geschichtswissenschaftlich umfangreich aufarbeiten lassen. Auszuwertende Daten und historische Quellen gibt es dabei genug. Vielmehr rührt das mangelnde Interesse offenbar von derselben Abwehrhaltung, mit der BMVg und Bundeswehr rechtsradikale Vorfälle und Verdachtsfälle über Jahrzehnte relativierten. Dieses Buch zeigt sogar, dass Vertreter des Verteidigungsministeriums zumindest bis zum Ende des Kalten Krieges Sozial- und Geschichtswissenschaftler:innen

◇◇◇◇◇◇◇◇

20 Vogt/Pflüger, Augen; Virchow, Die extreme Rechte.
21 Kraushaar, *Toleranz*, S. 469.
22 Steinbrecher/Biehl/Leonhard, Extremismus, S. 25.

aus ihren eigenen Institutionen behinderte, einschüchterte und diskreditierte, sobald sie sich kritisch mit dem Problem Rechtsradikalismus auseinandersetzten. Wiederholt bestätigten etwa Studien von den 1960er bis 2000er Jahren eine allgemeine politische, konservativ orientierte »Rechtslastigkeit« in der Bundeswehr, die mit steigendem Dienstgrad zunahm und deren Rand sich mit rassistischen und antidemokratischen Einstellungen hervorhob.[23]

Wie allgemein für die Geschichte der radikalen Rechten gilt für das Thema »Rechtsradikalismus in der Bundeswehr«: Insgesamt beschäftigten sich damit intensiv bislang vor allem Sozialwissenschaftler:innen, Publizist:innen, Journalist:innen und linke Initiativen.[24] Erst vor einigen Jahren kamen zeithistorische Forschungen dazu, die für dieses Buch sehr wertvoll waren. So untersuchten Historiker:innen etwa die personellen und mentalen NS-Kontinuitäten in der Bundeswehr durch die Integration von Angehörigen der Wehrmacht- und Waffen-SS, die teilweise defizitäre Aufklärungsarbeit des Militärischen Abschirmdienstes gegenüber rechtsradikalen Soldaten, die militärische Sozialisation von Rechtsterroristen, die Agitation der »Neuen Rechten« in der Bundeswehr nach 1990 sowie einzelne rechtsradikale Skandale und ihre Folgen für die Armee.[25] Abgesehen vom Historiker Detlef Bald haben Autoren von Überblicksdarstellungen zur Geschichte der Bundeswehr das Thema »Rechtsradikalismus« erst dann integriert, als die Sensibilisierung nach den Skandalen seit 2017 deutlich gewachsen war.[26] Meist konzentrieren sich diese Werke allerdings auf einzelne bekannte spektakuläre Vorfälle, die Zeit seit den 1990er Jahren oder auf die gegenwärtigen Debatten nach dem Fall Franco A. Das wird dem Problem jedoch nicht gerecht. Dieses Buch zeigt dagegen in zeithistorischer Perspektive, dass sich in der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium über Jahrzehnte verschiedene Gelegenheitsstrukturen entwickelten, von denen die radikale Rechte zum Teil bis heute profitiert.

◇◇◇◇◇◇◇

23 Vgl. Wiesendahl, Rechtsextremismus, S. 243; Steinbrecher/Biehl/Leonhard, *Armee,* S. 82–108.

24 Vgl. u. a. Laabs, *Staatsfeinde;* Virchow, *Zivilismus;* Teidelbaum, Braunzone (2008); Dudek/Jaschke, *Entstehung* (Bd. 1); Jaschke/Rätsch/Winterberg, *Nach Hitler;* Knab, Glorie; Sander, *Szenen;* Knorr, *Rechtsextremismus;* Schulze, *Rechtsextremismus,* S. 141–144; Koehler, *Threat.*

25 Vgl. u. a. Keßelring, *Organisation* (2017); Eichmüller, *SS;* Wette, *Wehrmacht;* Loch, *Generale;* Hammerich, *Feind;* Muschiol, *Einzeltäter;* Schilling, *Rudel-Affäre;* Grosse, *Geschichtskomplexe;* Adaire, *Neo-Nazi Postmodern.*

26 Vgl. u. a. Bald, *Bundeswehr;* Neitzel, *Krieger;* Friederichs, *Spielball;* Bredow, *Bundeswehr.*

## Eine deutsch-deutsche Verflechtungsgeschichte der radikalen Rechten

In den folgenden Kapiteln stehen nicht nur die Perspektive rechtsradikaler Akteur:innen sowie die staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen auf Rechtsradikalismus in der Bundeswehr im Vordergrund. Eine neue Geschichte der Bundeswehr, die erstmals umfassend das Verhältnis zur radikalen Rechten untersucht, lässt sich zudem schwerlich ohne die Wechselwirkungen zwischen den beiden deutschen Staaten im Ost-West-Konflikt schreiben. Obwohl also der Schwerpunkt bei der Bundeswehr liegt, werden zum Vergleich auch Entwicklungen auf der anderen Seite der Mauer schlaglichtartig beleuchtet: So setzte die DDR im deutsch-deutschen Propagandakrieg gezielt Presseberichte und Kampagnen gegen NS-Kontinuitäten und rechtsradikale Vorfälle in der Bundeswehr ein. Währenddessen musste sich die Nationale Volksarmee (NVA) mit denselben Problemen wie ihre westdeutsche »Bruderarmee« auseinandersetzen – nicht zuletzt auch, weil einige ostdeutsche Soldaten rechtsradikale Vorfälle in der Bundeswehr nachahmten.

Wenn in diesem Buch von der »radikalen Rechten« die Rede ist, dann ist damit entgegen des verharmlosenden Narratives von »Einzeltätern« ein kollektiver, gut vernetzter politischer Akteur gemeint. Zu ihm gehören Personen mit einer nationalistischen, autoritären, rassistischen und meist auch antisemitischen Weltanschauung, die die bestehende demokratische Verfassungsordnung in ihren Kernelementen als repräsentative parlamentarische Demokratie ablehnen.[27] Gewaltbereite, deutlich verfassungsfeindliche Rechtsradikale bilden als »extreme Rechte« eine Untergruppe, die auch Rechtsterrorist:innen einschließt. Der Vorteil der »radikalen Rechten« als Oberbegriff liegt darin, dass er ein breites Spektrum mit Grauzonen und fließenden Übergängen zum Rechts- bzw. Nationalkonservatismus umschließt. Darin lässt sich auch die »Neue Rechte« verorten, die seit den 1980er Jahren versucht, die Grenzen zwischen antidemokratischem Rechtsradikalismus und dem demokratisch-konservativen Lager aufzulösen, etwa mit der anfangs erwähnten Kampagne »Gegen das Vergessen« von 2005.

Als Nachgeschichte des Nationalsozialismus beginnt das Buch mit der Debatte um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Gründung der Bundeswehr in den 1950er Jahren. Das Buch geht über die Zäsur des Mauerfalls hinaus und endet als Vorgeschichte der Gegenwart mit einem

◇◇◇◇◇◇◇

27 Vgl. Frank Bösch/Gideon Botsch: Informationen zum Forschungsprojekt »Die radikale Rechte in Deutschland, 1945–2000«, 2021, https://zzf-potsdam.de/sites/default/files/forschung/Direktion/kurzbeschreibung_projekt_radikale_rechte_04_2021.pdf. Ähnlich auch: Minkenberg, *Demokratie,* S. 25.

Ausblick bis in die 2000er Jahre. Mit dem Schwerpunkt auf der Zeit des Kalten Krieges setzt sich dieses Buch einerseits zu den oben genannten Vorarbeiten ab. Andererseits ist eine empirisch fundierte, auf kritischer Quellenarbeit basierende Erforschung von Rechtsradikalismus in der Bundeswehr tatsächlich aktuell nur bis Mitte der 1990er Jahre umfangreich möglich. Für die Zeit danach erschweren noch Akten-Sperrfristen eine Aufarbeitung.

Für das Buch wurden vor allem staatliche Akten ausgewertet, viele davon zum ersten Mal. Die Hauptquellen stammen aus den Bundesarchiv-Standorten Freiburg und Koblenz, der Stasi-Unterlagen-Behörde und aus diversen Landesarchiven. Wichtiges ergänzendes Material liegt in den Archiven von Parteien, Vereinen, des Auswärtigen Amts, des Instituts für Zeitgeschichte und im Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (Apabiz). Daneben werden rechte und linke Publikationen, öffentliche Berichte, etwa vom Bundestag, den Wehrbeauftragten und Verfassungsschutz, sowie Interviews mit Zeitzeug:innen herangezogen.

Verschiedene Autor:innen haben in den letzten Jahren auf die Schwierigkeit hingewiesen, Rechtsradikalismus in der Bundeswehr empirisch sowohl sozial- wie auch geschichtswissenschaftlich zu erfassen. Der Historiker Wolfram Wette, der von 1971 bis 1995 am Militärgeschichtlichen Forschungsamt tätig war, beschrieb 2020 zwei zentrale Probleme: »Soldaten mit rechtsextremistischen Einstellungen halten sich in der Regel eher bedeckt – oder sie geben ihre Gesinnung nur in einem eng umgrenzten Umfeld zu erkennen, von dem sie sich Schweigen oder klammheimliche Zustimmung erwarten können. Hinzu kommt der ebenfalls berufstypische Korpsgeist. Er gebietet, Vorkommnisse, die dem Ansehen der Institution Bundeswehr in der Öffentlichkeit schaden könnten, nicht nach außen dringen zu lassen.«[28]

Soldaten der Bundeswehr unterstanden und unterstehen einer Meldepflicht von »Besonderen Vorkommnissen«. Diese bilden bis heute die Grundlage, auf der das Verteidigungsministerium und der Militärische Abschirmdienst das Ausmaß und das Gefahrenpotenzial von Rechtsradikalismus in der Bundeswehr bewerten. Die Aussagekraft der »Besonderen Vorkommnisse« ist jedoch und war immer schon stark eingeschränkt, zum einen aus den von Wolfram Wette genannten Gründen, die sich in den folgenden Kapiteln bestätigen. So kann von einer signifikanten, aber zahlen-

◇◇◇◇◇◇◇

28 »Mental im Kriegszustand«, in: *SZ*, 28.02.2020, https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeswehr-rechtsextremismus-1.4747400.

mäßig nie geschätzten Dunkelziffer von geschehenen, aber nicht gemeldeten Vorfällen ausgegangen werden.[29] Dass die radikale Rechte äußerst anpassungsfähig war und ist, kam erschwerend hinzu. Ebenso dass das Verteidigungsministerium und die Bundeswehr lange Zeit vor allem auf organisierte, eher verfassungsfeindliche Rechtsextreme fixiert war, ohne die Arbeitsteilung und Netzwerke innerhalb des breiten Spektrums der radikalen Rechten zu durchleuchten. Zum anderen sind die »Besonderen Vorkommnisse« nur bedingt aussagekräftig, weil immer wieder Konjunkturen das Meldeverhalten in der Bundeswehr bestimmten, vor allem nach hoher politischer und medialer Aufmerksamkeit für rechtsradikale Vorfälle.

Ebenso wenig wie die Statistiken der »Besonderen Vorkommnisse« geben zwar auch Skandale eine Auskunft über das wirkliche Ausmaß von Rechtsradikalismus in der Bundeswehr – sie verleiteten insbesondere linke Akteur:innen und Medien sogar wiederholt dazu, die Bundeswehr unter Generalverdacht zu stellen. Dennoch bietet die Analyse von Skandalen mehrere Vorteile und Anknüpfungspunkte: Wegen der erwähnten Probleme mit der empirischen Erfassung und dem erschwerten Zugang zu internen Akten des Militärischen Abschirmdienstes ist es kaum möglich, in den Archiven zu rechtsradikalen Vorfällen, Soldaten und Netzwerken zu recherchieren, die nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind. Durch Skandale, die öffentliche Debatten anstießen, ist dagegen in verschiedenen Archiven eine wertvolle Materialfülle entstanden. Mit ihr lassen sich Dynamiken in der Bundeswehr, dem Verteidigungsministerium und der Bundesrepublik allgemein genauer rekonstruieren und einige wichtige Fragen beantworten: Welche Motive hatten Soldaten, etwa im Dienst den Hitlergruß zu zeigen, sich für die NPD zu engagieren oder sich rechtsterroristischen Gruppen anzuschließen? Welchen Handlungsdruck konnten Skandalisierungen auf die Militärführung und die Bundesregierung aufbauen, wenn Vorfälle bekannt wurden? Wie sahen Lernprozesse nach öffentlichen Konflikten aus? Und inwieweit veränderte sich über die Jahrzehnte die Wahrnehmung von Normbrüchen in der bundesdeutschen Gesellschaft?

2024 lösten beispielsweise Vorschläge aus dem Verteidigungsministerium, das militärische Handwerk der Wehrmacht als Vorbild für eine »kriegsfähige« Bundeswehr wieder traditionsfähig zu machen, breite Empörung aus.[30] Denn zahlreiche Vorfälle, Skandale, Debatten und Studien haben immer wieder gezeigt, dass mit der Traditionswürdigkeit der Wehr-

◇◇◇◇◇◇◇◇

29 Vgl. Virchow, Tendenzen, S. 247; Nachtwei, Diskussion, S. 104.

30 Vgl. dazu das Fazit.

macht in Teilen der Bundeswehr auch eine unkritische Wehrmachtverherrlichung einherging. Dagegen war der Mythos der »sauberen Wehrmacht« in der frühen Bundesrepublik der 1950er Jahre so weitgehend etabliert, dass der Rückgriff auf die ehemalige militärische Elite des NS-Regimes beim Aufbau einer »Neuen Wehrmacht« nicht nur gesellschaftlich breit akzeptiert wurde. Die Rehabilitierung von Offizieren der Wehrmacht und Waffen-SS für die Wiederbewaffnung erschien sowohl den meisten Westdeutschen als auch den Westalliierten angesichts des heißer werdenden Ost-West-Konfliktes sogar dringend notwendig. Wie sich jedoch zeigen sollte, schuf die junge Bundeswehr mit den personellen NS-Kontinuitäten eine zentrale Gelegenheitsstruktur, die für Jahrzehnte Rechtsradikalismus strukturell begünstigte.

# Inhalt


1 EINLEITUNG 9

2 EINE »NEUE WEHRMACHT«?
**NS-Kontinuitäten in der frühen Bundeswehr (1945 – 1966)** 25

2.1 Alte »Helden«, neue Vorbilder: Die Rehabilitierung der Wehrmacht und Waffen-SS für die Wiederbewaffnung 27

2.2 Verschwörungsnarrative und Symbolpolitik: Der Umgang mit Antisemitismus 55

2.3 Belastendes Erbe: Rechtsradikalismus in der NVA und Propagandakampagnen gegen westdeutsche Generale 82

3 NATIONALISTISCHER WIDERSTAND
**Die »Soldatenpartei« NPD und der Rechtsruck in der Bundeswehr (1965 – 1976)** 105

3.1 Militarisierung und Nationalneutralismus: Die »Wehrpolitik« der frühen NPD 107

3.2 Aufstieg zur Soldatenpartei: Mitgliederwerbung und Wahlkampf der NPD 115

3.3 Putschangst und Reformdruck: Proteste und erste Maßnahmen gegen rechtsradikale Soldaten in den späten 1960er Jahren 130

3.4 »Aktion Widerstand«: Rechtsextreme Gewaltaktionen von Soldaten seit 1970 164

3.5 Zaghafte Abgrenzung: Reaktionen auf konservative und rechtsradikale Provokationen in der sozialliberalen Ära 181

4 EINE »SYMBOLISCHE JUDENVERBRENNUNG«?
**Antisemitismus und NS-Verherrlichung während der »Hitlerwelle« (1977 – 1982)** 213

4.1 Hitlergruß und »Judenwitze«: Der antisemitische Vorfall an der Bundeswehrhochschule München am 16. Februar 1977 215

4.2 Skandalisierungen und Nachahmungen: Der öffentliche Konflikt um den antisemitischen Vorfall von 1977 229
4.3 Entlastungsnarrative und Bildungsoffensive: Die Doppelstrategie des Verteidigungsministeriums während des antisemitischen Skandals 255
4.4 Distanz zur Wehrmacht und SS: Der Weg zum neuen Traditionserlass von 1982 270
4.5 Verschwörungsnarrative und Hetze: Die radikale Rechte und der antisemitische Skandal von 1977 285
4.6 Der Weg zum anti-antisemitischen Konsens: Lernprozesse trotz juristischer Niederlagen 295
4.7 Die ostdeutsche »Hitlerwelle«: Antisemitismus und Reaktionen auf den Bundeswehr-Skandal in der NVA 304

5 ELITESOLDATEN, »WERWÖLFE«, RECHTSTERRORISTEN
**Waffenbeschaffung und Anschläge durch Bundeswehrsoldaten (1975 – 1982)** 315
5.1 Neonazis in Wentorf: Das Jägerbataillon 162 als rechtsterroristische Keimzelle 319
5.2 Rauswurf und Radikalisierung: Der Weg zum Rechtsterrorismus 339
5.3 »Werwölfe« der NSDAP/AO: Koordinierte Aktionen gegen die Bundeswehr 346
5.4 Wehrsport: Ausbildung und Vernetzung für den Untergrundkampf 361
5.5 Verpasste Chance: Das Ende der »Werwölfe« und die mangelhafte Aufklärung danach 373
5.6 Befehlsgehorsam: Gewaltbereite Ex-Soldaten, Homophobie und der Fememord 1981 385
5.7 Ausgemusterte Bundeswehrbestände: Das Waffenlager des Reservisten und Neonazis Heinz Lembke 401

6 KRIEGER FÜR DIE »KRIEGSBUNDESWEHR«
**Rechtsradikale Spielräume nach der konservativen »Wende« (1982 – heute)** 417
6.1 Der letzte Kampf: Manfred Wörner, die »Neue Rechte« und die Reaktivierung des Wehrmacht-Mythos 419
6.2 Die »Auserwählten«: Elitekult und Rechtsradikalismus bei Fallschirmjägern 443

6.3 Rechtslastigkeit, Revisionismus, Rassismus: Gelegenheitsstrukturen und Grenzen für rechtsradikale Soldaten 465
6.4 Untersuchungen und Unterwanderung: Die radikale Rechte und die Bundeswehr nach dem Kalten Krieg – ein Ausblick 482

7 FAZIT
**Kontinuitäten, Lernprozesse, Rückschritte** 495

Abkürzungsverzeichnis 521
Quellen 524
Literatur 527
Personenregister 549
Sachregister 554
Dank 562

## Zur Autorin

**Jakob Saß** ist Historiker und promovierte am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Er ist Gründer und Co-Geschäftsführer des gemeinnützigen Unternehmens »Game Change Lab«.

Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH
Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung
Mittelweg 36
20148 Hamburg
www.hamburger-edition.de
verlag@hamburger-edition.de
© 2026 by Hamburger Edition

Dieses Buch basiert auf der Dissertation »Wehrwillig und verharmlost. Die radikale Rechte und die Bundeswehr im Kalten Krieg«, die von Prof. Dr. Frank Bösch und Prof. Dr. Fabian Virchow betreut und am 22. April 2026 an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam verteidigt wurde.

Umschlaggestaltung: Lisa Neuhalfen, Berlin
Satz aus Alegreya Sans und Serif durch Dörlemann Satz, Lemförde
Druck und Bindung: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg
Printed in Germany
ISBN 978-3-98722-011-1
1. Auflage Oktober 2026